

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 5.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4500. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13083. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4500

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Vierspaltigkeit 2.30 M.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 M. Restame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Der Frontbund an der Arbeit!

### Die Organisation des Frontbundes.

Berlin, 29. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ein Teil der Berliner Morgenpresse beschäftigt sich heute wieder mit dem Frontbund. Wir entnehmen den Veröffentlichungen des Vormärts das Folgende: Es gehen uns weitere Mitteilungen über die Organisation des Frontbundes zu, der in Berlin augenscheinlich eine intensive Werbearbeit entfaltet. Seine Berliner Zentrale ist vorläufig im Restaurant „Austland“ am Savignypfad in Charlottenburg, dessen Inhaber mit den Bestrebungen des Bundes stark sympathisiert. Die Werbearbeit der Flugblätter findet ebenfalls von Charlottenburg aus statt, und zwar vom Hause Suarezstraße 57, wo der Bruder des Hausverwalters die Ausgabe leitet.

Außer der schwerindustriellen Geldquelle kommen noch Spenden aus den Kreisen der Hamburger und Bremer Großkaufleute, auch das Unternehmen des Hauptmanns Schumme in Wittenberg ist beifolgend einzuzeichnen.

Ein Freund unseres Blattes hatte Gelegenheit, mit dem schon erwähnten Werber, dem Sergeanten Stollberg, zu sprechen. Stollberg, der als Sergeant der 4. Schwadron der Husaren in Münster angetreten, ist ein Anhänger der Marinebrigade Reinhardt. Sein Hauptquartier hat er in Paderborn, in Lohmanns Hotel. Wer ihn dort unter seinem Namen sucht, findet ihn nicht. Seine Briefe aber erreichen ihn. Er hält sich bei seiner Anwesenheit in Paderborn in demselben Hotel wahrscheinlich mit gefälschten Papieren als Unteroffizier Max Wulker auf. Er ist vor dem 27. d. M. mit mehreren großen Paketen, die 12 000 Flugblätter enthielten, in Berlin einetroffen, die am Donnerstag nachmittag in dem Restaurant „Austland“ in Charlottenburg an Frontkämpfer verteilt wurden.

Stollberg behauptet ebenfalls, daß bis über ihn verstreuten Briefen vollständig stimmen. Die Redierung werde ganz bestimmt gekürzt werden. Späterens in der Zeit vom 8. bis 10. Juli. Die Regierung würde sich vorher noch bitternd an den Frontbund wenden, da nach Ansicht der Drahtzieher des Frontbundes, sie der Gefahr nicht trauen könne.

Richtige und gefällige, mit der Unterzeichnung des Hauptmanns von Plessen versehenen Ausweise für alle besonderen Zwecke hat Stollberg in Halle und Pflze bei sich, ebenso die anderen Werber und Kurier.

Der Vormärts schreibt weiter: Die ganze Organisation des Bundes macht augenscheinlich den Eindruck des Unfertigen und in der Haft Zusammengepackten. In einem der Flugblätter heißt es ganz treuherrig: „Seid unbefangt, Programm und wirtschaftliche Machtstellung unseres Verbandes kommen ganz von selber, wenn nur überhaupt ein Anknüpfungspunkt zwecks gemeinsamer Hilfsleistung erfolgt.“

### Wie Herr v. Seeckt arbeitet!

Berlin, 29. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vormärts teilt aus Oldenburg unterm 28. Mai mit: Das Oldenburger Reichwehrgesetz Nr. 110, das sich bei dem Kampfbuch sofort auf den Boden der Verfassung stellte und namentlich mit der höchsten Bevölkerung der Rube und Ordnung in Oldenburg nach Celle verlegt worden. Dafür ist gestern nach das Schützenregiment 207, das sogenannte Freikorps Schulz, in Oldenburg eingezogen. Die gesamte Bevölkerung, besonders die Arbeiterklasse, ist aufs äußerste erregt über den Einmarsch dieser Truppe. Die sozialdemokratische Parteileitung und der Landesarbeiterrat haben durch Telegramm an den Reichswehrminister und den Reichspräsidenten über die sofortige Zurückziehung dieser Truppe gebittet, da dem Freikorps Schulz ein sehr zweifelhafter Ruf vorausgeht. Das Freikorps ist aus dem Ruhrgebiet hier eingezogen; sein Verbleiben würde in Oldenburg ein Generalstreik zur Folge haben.

### Nur kein Verfassungsbruch!

#### Zarte Bedenken gegen die Haftentlassung Kilians.

Berlin, 29. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Regierung läßt mitteilen, daß sie die Haftentlassung Kilians in Halle nicht anordnen könne, da Kilian erst durch Aufstehen in der Kandidatenliste Abgeordneter wurde, als er bereits in Haft ist. Die Haftentlassung kann aber nach den geltenden Bestimmungen nur auf Beschluß des Parlaments erfolgen, dessen Mitglied der Verhaftete ist. Die Haftentlassung ohne Zustimmung des Parlaments würde also einen Bruch der Verfassung bedeuten.

Also die Verfassung verbietet die Haftentlassung Kilians. Und die Verfassung ist heilig. Sie darf nur gebrochen werden, wenn es sich um die Aufrechterhaltung des Belagerungszustands handelt!

Indes ist es ein jämmerlicher Schwindel, daß die Verfassung um deswillen, weil das Parlament die Haftentlassung eines Ab-

geordneten fördern kann, die Haftentlassung ohne Parlamentsbeschluß verbietet. Der Geheimrat, der das ausgetüftelt hat, verdient sicherlich eine Belohnung wegen seines Eifers für die Reaktion, aber im übrigen Entlassung wegen fahrlässiger Bloßstellung seiner Auftraggeber oder absoluter Unfähigkeit. Es ist schon im kaiserlichen Deutschland so gewesen, daß die Regierung jederzeit getwisse Unterbrechung einer Straftat wegen irgendeines wichtigen Grundes anordnen konnte. Und wenn es ihr paßte, so hat sie davon auch Gebrauch gemacht. Dadurch wird kein Verfassungsartikel verletzt. Die Ausrede der Regierung ist nur für ganz Dumme!

### Neue Ausschreitungen in Oberschlesien.

W. Bouthen, 29. Mai. Gestern, abends gegen 9 Uhr, kam es zu sehr heftigen Kundgebungen vor dem Hotel Komitsh, dem Sitz der Plebiszitkommission. Fast sämtliche Fensterscheiben der unteren Geschosse sind zertrümmert und die Türen eingeschlagen worden. Der Grenzzeitung, dem Organ der Nationalpolen, sind die Fensterscheiben, ebenfalls zertrümmert worden. Der Grund zu der Kundgebung war, daß ein Deutscher von einem Franzosen erschossen wurde. Der Franzose hatte sich an einem deutschen Mädchen vergewaltigt, das von Deutschen befreit werden sollte. In später Abendstunden, bis um Mitternacht erfolgten abermals heftige Zusammenstöße zwischen Polen und Deutschen. Es wurde mit Maschinengewehren geschossen und Geschütze abgefeuert. Die erhiteten Deutschen schickten sich gegen Mitternacht an, das Hotel Komitsh, wo das polnische Plebiszitkommissariat seinen Wohnsitz hat, zu zerstören.

### Die Unruhen in Oesterreichisch-Schlesien.

Wien, 28. Mai. Die Blätter melden aus Mährisch-Ost- und Südböhmen Schieberien im Abstammungsgebiet, wo in der letzten Nacht wieder zahlreiche Personen verhaftet wurden, veranlaßt durch italienische Truppen zum Einschreiten und zur Verlegung einiger Karoliner Schäfte, die darauf von den Polen gezwungen wurden.

### Weitere Unruhen in Italien.

Mailand, 27. Mai. Wie Corriere della Sera meldet, hält die Gärung in Trient an. Es kam zu weiteren Aufstrebungen und Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei; einer der ersteren wurde getötet. In Cividale wurde ein Hauptmann der Sicherheitspolizei und ein Demonstrant verwundet. Am Mittwoch konnte in Udine nur ein einziger Zug, und zwar nur unter militärischer Bedeckung abfahren. Der internationale Verkehr ist unterbrochen. Auf den größeren Bahnhöfen lagern gewaltige Mengen Lebensmittel, während sich in größeren Städten bereits das Fehlen des Mehlens und anderer Lebensmittel fühlbar macht.

Wie dem Secolo aus Udine berichtet wird, ist der Streik in Trient abgebrochen und der Eisenbahndienst am Freitagmorgen wieder aufgenommen worden.

### Wilson gegen den Sonderfrieden.

New York, 27. Mai. Präsident Wilson hat gegen die Möglichkeit, auch vom Vorkriegsstandpunkt aus, eine republikanische Entscheidung zugunsten eines Sonderfriedens mit Deutschland und Oesterreich sein Veto eingelegt.

Bei der Zurückweisung der Friedensresolution betonte Wilson seine Resolution auch jenseits der Ziele zu verwirklichen, um deren Willen die Vereinigten Staaten in den Krieg gezogen seien, und verzichtete dadurch auf alle Ansprüche der Vereinigten Staaten gegenüber der deutschen Regierung. Wilson kommt zu dem Schluß, daß ein solcher Frieden unvereinbar sei mit der Würde der Vereinigten Staaten, mit dem Recht und der Freiheit der Bürger, und den Grundbedingungen der Zivilisation überhaupt.

### Der Boykott gegen Ungarn.

Amsterdam, 28. Mai. (W. L. V.) Das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat auf Grund des kürzlich in London gefassten Beschlusses, wegen der Verfolgung der Arbeiterbewegung in Ungarn jeden Verkehr mit Ungarn abbrechen und jenseits Land von der Außenwelt abgrenzen, an die Landeszentralen in verschiedenen Ländern Rundschreiben gerichtet. Das endgültige Datum für den Beginn des Boykotts wird wahrscheinlich im Laufe der nächsten Woche festgesetzt werden.

### Die Erhebung der Mohamedaner.

Berlin, 29. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) An Stambul ist ein mohamedanischer Aufstand zum heiligen Krieg ausgebrochen worden. Es wird weiter berichtet, daß Gallien von arabischen Kriegsbänden überflutet sei. Die spanische Zone ist in der Hand der Aufständischen. Die Franzosen erlitten schwere Verluste. Die englische Zone ist ebenfalls bedroht. Auch in Mesopotamien eilen die arabischen Truppen weiter vor Damaskus und Bagdad sind eingeschlossen. Auch Jerusalem ist von Arabern bedroht.

### In der Katastrophe.

Die Verteidiger der Nationalversammlung, die trotz allen Bemühens nicht in der Lage sind, ihr irgendeine positive politische Leistung nachzusagen, haben auf das Stichwort des Reichspräsidenten hin sich dahin geeinigt, ihr wenigstens die Leistung zuzusprechen, daß sie Deutschland vor dem völligen Chaos und wirtschaftlichen Zusammenbruch bewahrt habe. Es ist selbstverständlich, daß in der Hauptsache die drei Koalitionsparteien der Nationalversammlung diese politische Leistung für sich in Anspruch nehmen, so daß diese Frage bei den Wahlen eine gewisse Bedeutung gewinnt, da auch über sie am 6. Juni das Urteil gesprochen wird.

Wir wollen ganz nüchtern einmal fragen, in welcher Beziehung die heutige politische und wirtschaftliche Situation ausichtsreicher, hoffnungsvoller, vor katastrophalen Erschütterungen sicherer für das deutsche Volk ist als vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung. Bevor die Nationalversammlung zusammentrat, bestand, fest basiert auf der Macht der Arbeiter- und Soldatenräte, in Deutschland eine, wenn auch nicht nach allen Richtungen hin aufgebaute, so doch in ihren wesentlichen Grundzügen festgestigte politische Herrschaft der sozialistischen Parteien, die, ganz gleich, ob man sie Diktatur, des Proletariats oder anders nennt, die notwendige Voraussetzung für die Verwirklichung der sozialistischen Prinzipien bildete. Das große Problem, das noch in diesem Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts wird entschieden werden müssen, das Problem des gegen den Kapitalismus ankämpfenden Sozialismus, war in seine letzte Phase eingetreten. Die militärische und politische Situation war so weit gediehen, daß, ohne durch politische Fesseln benachteiligt zu sein, der Sozialismus die Machprobe gegen den Kapitalismus wagen konnte. Gewiß konnten wirtschaftliche Erschütterungen nicht ausbleiben, aber schon in den ersten Monaten hätte sich die stärkste Kraft des Sozialismus offenbaren können. Die Hoffnung auf eine Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens mit Hilfe des Sozialismus hätte neue wirtschaftliche Kraft gefördert, die uns über alle partiellen wirtschaftlichen Erschütterungen hinwegbringen mußte.

Was haben nun aber Reichsregierung, Nationalversammlung und Koalitionsparteien aus dieser politischen Situation, die zur Entscheidung drängte, gemacht? Sie haben die unheilvollste Verschleppungspolitik getrieben, die in Wahrheit zum Chaos auf allen Gebieten, auf kulturellem wie wirtschaftlichem, auf politischem wie internationalem, führen mußte. Die bürgerlichen Parteien, vornehmlich die Demokraten und das Zentrum als Regierungsparteien, dann aber auch die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen als aus ihren Schlafwinkeln wieder auslaufende und nunmehr wütend tobende Oppositionsparteien, haben alles aufgegeben, um die Entscheidung in einem Momente zu verhindern, in dem infolge der politischen Situation die beiden großen Mächte des Kapitalismus und Sozialismus den wirtschaftlichen Kampf hätten auskämpfen können. Für die bürgerlichen Parteien war das begreiflich. Ihr Angstschrei vor dem Bolschewismus war nichts als blasse Furcht vor dem Schicksal ihres Geldbäckels. Daß sie nicht den Mut fanden, den Kampf unter gleichen Bedingungen, unter politischer Gleichberechtigung aufzunehmen, daß sie erst der Arbeiterschaft wieder politische Fesseln anlegen mußten, um die Vorteile ihres kapitalistischen Systems verteidigen zu können, wird in der Geschichte als ein neuer Beweis für die Hohlheit und wirtschaftliche Ueberlebensfähigkeit des kapitalistischen Systems gebucht werden können. Daß aber eine sozialistische Partei ihnen bei diesem Bestreben behilflich war, daß Sozialdemokraten sich dazu hergaben, die Phrase zu verteidigen, daß die Kraft des Sozialismus nicht ausreiche, ein durch den Krieg und den Kapitalismus zerrüttetes Wirtschaftssystem zur Gesundung zu führen, das ist nichts anderes als feiges Verleugnen der sozialistischen Ideen, als Abfall vom Glauben an die Kraft der sozialistischen Idee.

So haben die bürgerlichen Parteien mit Hilfe der Rechtssozialisten in der Nationalversammlung die politische Entwicklung soweit rückwärts revidiert, daß die revolutionären Spannungen hundertfach vergrößert sind und daß heute der Endkampf, der doch eines Tages kommen muß, unter viel schwereren wirtschaftlichen und politischen Umständen stattfinden wird, als er ohne diese „politische Tat“ der Nationalversammlung stattgefunden hätte.

Die Katastrophe ist nicht vermieden, sie ist um einige Monate vertagt, um mit um so größerer Schärfe und Wucht über das deutsche Volk hereinzubringen. Es sind nicht lediglich Wahllügen und Erfindungen, die von der drohenden Gefahr eines neuen Rechtsputsches sprechen. Die Reichsregierung und vornehmlich die preussische Regierung selbst müssen